



Die Dolce-Vita-Gesellschaft

Teilzeitarbeit liegt im Trend. Das hat auch damit zu tun, dass das Steuersystem und der Wohlfahrtsstaat falsche Anreize setzen. Wer viel arbeitet, ist heute der Dumme. Von Katharina Fontana

Das Lamento ist bekannt: Die Schweiz, so heisst es, ist familienpolitisch ein Entwicklungsland. Die Mütter sind an den Herd verbannt und fehlen auf dem Arbeitsmarkt. Um sie zu ersetzen, müssen jedes Jahr Zehntausende ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz geholt werden. Man kann das Problem nur mit Elternurlaub und Gratiskrippen lösen, dann werden die Mütter Vollzeitjobs annehmen und den Fachkräftemangel beheben, so dass es weniger Zuwanderung braucht, die Wohnungsnot abnimmt und alle glücklich und zufrieden leben. So wie in den Hochsteuerländern Schweden und Frankreich, die als leuchtende Vorbilder in der Familienpolitik gelten.

Wer an dieser Erzählung Zweifel äussert und die Auffassung vertritt, dass die Familie eine private Angelegenheit sei und es so etwas wie Eigenverantwortung gebe, gilt heute entweder als rettungslos konservativ oder als unverschämt libertär. Die Bereitschaft, die Familien finanziell zu fördern, ist in der Politik ungebrochen. So dürfte das Parlament demnächst eine neue milliardenschwere Sozialleistung beschliessen und allen Eltern künftig einen monatlichen Check für die Krippenbetreuung ausstellen, unabhängig davon, ob sie das Geld brauchen oder nicht.

Was sich Mütter erträumen

Dass der Sozialausbau – neben den schon bestehenden Zulagen, Abzügen und Verbilligungen – den erhofften Erfolg haben wird, ist allerdings zu bezweifeln, und das aus mehreren Gründen. Der erste und wichtigste: Eltern haben Kinder, weil sie sie als Bereicherung empfinden und sie öfter sehen wollen als nur in den abendlichen Randstunden – für Frauen gilt dies vielleicht etwas mehr als für Männer. Während der Kleinkindphase fünf Tage im Büro zu verbringen, ist in der Regel nicht das, was sich Mütter erträumen. Die Annahme, dass sie wegen günstiger Krippenplätze plötzlich zu Vollzeitbeschäftigten würden, ist unrealistisch; das zeigen auch die Erfahrungen aus dem Ausland.

Zweitens sind Frauen hierzulande in der Arbeitswelt schon heute gut vertreten. Mehr als vier von

fünf Müttern mit schulpflichtigen Kindern sind erwerbstätig, und die Pensen, die sie übernehmen, werden immer grösser. Die Erwerbsbeteiligung der Mütter in der Schweiz ist, man staune, höher als im europäischen Vergleich – so viel zu dem Vorwurf, die Schweiz sei ein Entwicklungsland. Auch sollte man die Probleme der berufstätigen Eltern nicht überzeichnen. Dank den hohen Löhnen ist es in der Schweiz für Mütter und Väter relativ einfach, die Kinderbetreuung zu organisieren. Ein Berufsleben umfasst mehrere Jahrzehnte, wer ein paar Jahre zurücksteckt, der ist nicht einfach weg vom Fenster, sondern kann seinen Berufsweg später fortsetzen und die Einbusse bei der Altersvorsorge kompensieren. Kurz: Wer arbeiten will, kann das tun, auch mit Kindern.

Drittens ist zweifelhaft, ob die Aufforderung zur Mehrarbeit bei den Frauen selber gut ankommt. In feministischen Kreisen jedenfalls scheint man ob der Idee keineswegs begeistert zu sein. Die Frauen seien so erschöpft wie nie, wird geklagt. Der Kampfruf des Frauenstreiks 2023 lautet denn auch nicht «mehr Arbeit», sondern «mehr Zeit»: Verlangt wird generell die 30-Stunden-Woche, im äussersten Fall wäre man bereit, 35 Stunden zu akzeptieren. Zudem wird auch die Forderung, für die unbezahlte Arbeit entschädigt zu werden, immer lauter, nach dem Motto: Wer sagt eigentlich, dass ich gratis die Kinder hüten und den Haushalt erledigen muss?

Man kann es paradox finden, dass ausgerechnet die Linke so materialistisch denkt und jede Leistung mit Geld bemisst. Doch beim Thema unbezahlte Arbeit geht es nicht nur um Geld, sondern vor allem auch darum, den Staat in Bereiche vordringen zu lassen, die heute als privat gelten. Man muss sich bewusst sein, dass jeder weitere Schritt in Richtung Vergesellschaftung des Familienlebens die nächste Forderung nach sich ziehen wird. Am Ende gilt bald jedes familiäre Problem als Aufgabe, um die sich der Staat und die Gesellschaft kümmern sollen. Und irgendwann wird man darüber diskutieren, wie viel die Allgemeinheit dafür bezahlen muss, dass jemand zu Hause die Wäsche aufhängt oder mit den Kindern auf den Spielplatz geht.

Es sind aber nicht nur Eltern, die gerne Teilzeit arbeiten. Es gibt in der Schweiz eine steigende Zahl



von Personen, die sich auch ohne Familienpflichten eine Vier- oder Dreitagewoche gönnen. Je nach Lohn und Ansprüchen, die man hat, kann man damit ganz gut durchs Leben kommen, seinen Hobbys nachgehen, seine Nerven schonen, seinen Garten pflegen. Wir sind eine freie Gesellschaft und nicht zu einer sozialistischen Arbeitsmoral à la DDR verpflichtet, also was soll's?

Doch der Trend zur Teilzeitarbeit wirft grundlegende Fragen auf, die auch die Allgemeinheit etwas angehen. Das Schweizer Steuer- und Sozialsystem beruht auf dem Gedanken, dass der Einzelne bereit ist, seine Leistung zu erbringen und sein Potenzial auszuschöpfen. Früher war es selbstverständlich, dass die Menschen bzw. die Männer Vollzeit arbeiteten; fünf Tage oder mehr waren die Regel. Die Arbeitszeit entsprach dem, was man wirtschaftlich leisten konnte. Dass man aus freien Stücken auf Erwerb verzichtete und sein Einkommen reduzierte, lag finanziell meist nicht drin und wäre auch gesellschaftlich höchst unüblich gewesen.

Wer hat was beizusteuern?

Doch heute beendet ein Gutteil der Bevölkerung die Arbeitswoche bereits am Donnerstag oder beginnt sie erst am Mittwoch. Das kann sich für den Einzelnen durchaus lohnen. Wer weniger arbeitet, zahlt überproportional weniger Steuern und wird auch bei den Sozialabgaben geschont. Zudem kann man als Teilzeitarbeiter schnell einmal von den Segnungen des Wohlfahrtsstaats profitieren, wird bei den Krankenkassenprämien entlastet, hat die Chance auf eine subventionierte Wohnung und erhält dereinst im Alter vielleicht noch Ergänzungsleistungen, da man sich als Geringverdiener ja keine anständige Rente ansparen kann.

Für die Gesellschaft ist diese Entwicklung allerdings kein Gewinn, denn sie unterläuft Arbeitsethos und Leistungswillen. Besonders schräg wird es, wenn sich die Gutgebildeten, die Hochqualifizierten, die Akademiker für den Dolce-Vita-Lifestyle entscheiden. Früher ging man davon aus, dass Hochschulabsolventen nach ihrer langen Ausbildung und dem späten Berufseintritt Vollzeit arbe-

ten und ihren Beitrag über Steuern und Sozialabgaben der Allgemeinheit zurückerstatten – heute ist es gut möglich, dass nicht nur nichts von ihnen zurückkommt, sondern dass sie zum Teil auf die Kosten der anderen ihr Leben führen.

Dass diese Situation unbefriedigend ist, ist bekannt. Doch was tun? Planwirtschaftliche Sollvorgaben einführen geht nicht, das will niemand. Also sollte man darauf hinwirken, dass die Work-Life-Balancer zumindest nicht zu den Profiteuren eines Systems werden, das von der Eigenverantwortung und Leistungsbereitschaft der Bürger ausgeht. Es gibt etliche Ideen – manche überzeugend, andere zumindest originell –, wie man das erreichen könnte. So wird etwa vorgeschlagen, nachgelagerte Studiengebühren zu verlangen. Damit könnte man beispielsweise Ärzte, die einen teuren Studienplatz belegt haben und sich später mit einem Halbtagesjob begnügen, die Ausbildungskosten via Extra-Steuern zurückzahlen lassen.

Andere Ideen setzen beim Steuersystem selber an. Man solle die Personen nach ihrem Einkommenspotenzial bemessen, also nach dem, was sie leisten könnten, wenn sie nur wollten, meinen die einen. Andere plädieren für Steuererleichterungen für Vielarbeiter: Wer seinen Beschäftigungsgrad über ein gewisses Pensum hinaus erhöht, könnte pro Zusatzstunde einen Sonderabzug geltend machen. Die naheliegendste Idee wäre allerdings, die Steuerprogression mit den negativen Leistungsanreizen abzuschaffen und zu einem einheitlichen Satz, einer Flat-Rate-Tax, zu wechseln, womit man, nebenbei erwähnt, auch die Heiratsstrafe beseitigen würde.

Die Teilzeitfrage rührt aber noch an etwas anderes. Es geht um das soziale Einvernehmen darüber, was für eine Gesellschaft wichtig ist und was nicht, welche Grundwerte zählen, wem was zusteht und wer was beizusteuern hat. Wenn ausgerechnet eine wachsende Zahl von Personen aus der akademischen Bildungselite – in den Universitäten, den öffentlichen Verwaltungen, den Grossunternehmen – ihre Rolle in der Berufswelt neu interpretiert, Selbstverwirklichung vor Leistung setzt und die Hundert-Prozent-Jobs gerne den Arbeitern überlässt, ist etwas faul im Staat.